



Trump der Wahlmonarch

ZUM UMBAU DER AMERIKANISCHEN DEMOKRATIE
UND DES VERWALTUNGSSTAATES *

Roland Czada

FRAGESTELLUNG

Trump hatte sich schon mehrfach als König inszeniert, einmal sogar als Papst. Man könnte meinen, er mache sich einen Spaß daraus, als bereite es ihm kindisches Vergnügen, sich als gekröntes Staatsoberhaupt darzustellen, oder als Papst mit Mitra und erhobenem Zeigefinger. Wer das so sieht, könnte das Thema „Trump der Wahlmonarch“ ad acta legen und beschwichtigen: Er ist halt ein Politclown, ein Irrer, ein Spinner, den die Amerikaner ins Präsidentenamt gewählt haben. Nimmt man aber sein anmaßendes Verhalten ernst, so stellen sich zwei Fragen:

* Vortrag vor der Osnabrücker Wissenschaftlichen Gesellschaft am 5. Nov. 2025

- Erstens: Wie sind Trumps Machtansprüche im Zusammenhang mit Entwicklungstendenzen im politisch-administrativen System der USA einzuschätzen?
- Zweitens: Gibt es jenseits der Ausweitung des präsidentiellen Machtanspruchs eine kohärente Idee oder gar Pläne, die republikanische US-Verfassung in eine monarchische umzuwandeln?

Diese Fragen stellt man in öffentlichen Debatten über Trump eher selten. Da geht es um Zölle, Migration, Drogen, Polizei- und Militäreinsätze, um Parteienwettbewerb, oder den Einfluss von Tech-Milliardären auf die US-Regierungspolitik. Im Unterschied zu diesen *Policy-Themen* und zur *Parteipolitik*, spreche ich über das politische System der USA und politische Ordnungsvorstellungen im Trump-Lager. Es geht um die *Polity*, das politisch-administrative System und Tendenzen im Verfassungs- und Verwaltungsstaat und weniger um *Policies* und *Politics*.

STÄRKUNG DER US PRÄSIDENTENMACHT

Zu Beantwortung der ersten Frage ist ein kleiner historischer Exkurs notwendig. Die Debatte um eine Umgestaltung des Staatsapparats der USA mit dem Ziel einer erweiterten Exekutivgewalt ist nicht neu. Sie ist den letzten Jahren unter dem Namen „*unitary executive*“ geführt worden. Es handelte sich um ein zentrales Anliegen konservativer Verfassungstheoretiker der Ära George W. Bushs und wurde in Trumps erster Amtszeit von dessen Justizminister William Barr erneut ins Gespräch gebracht.

Im Bemühen um eine Stärkung der US Präsidentenmacht ist das Konzept der „*unitary executive*“ nur das vorerst letztes Kapitel. Frühe Vorstöße begannen schon Ende des 19. Jahrhunderts in der sog. „*Progressive Era*“. Zuvor hatte das Präsidentialamt nur militärische und außenpolitische Aufgaben. Die Verfassungsgeber beabsichtigten mit dem "*executive department*", so die Bezeichnung der Administration der Bundesregierung, ein neben der Verwaltung von Armee und Marine stehendes Hilfsorgan des Präsidenten. Gegen diese Vorstellung wandten sich Ende des 19. Jahrhunderts Beamte und Industrielle, die vom Staat eine aktivere Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung forderten. Damit begann die Progressive Era, die der Politikwissenschaftler Theodore Lowi als Vorstufe einer Zweiten

Amerikanischen Republik bezeichnete². Ihm zufolge wurde dieser Regimewechsel von einer ersten zur zweiten Republik in den 1930er Jahren“ in Gestalt des „*New Deal*“ unter der Präsidentschaft von Thodore Roosevelt vollendet. Die Entwicklung lässt sich am Umfang der inländischen – nicht das Militär und den diplomatischen Dienst betreffenden – Ausgaben des Bundes ablesen. Sie stiegen von 0,8 % im Jahr 1929 auf 4,9 % des BIP im Jahr 1939 auf heute nahezu 25 Prozent des BIP – nur die Ausgaben der Bundeexekutive. Zum Vergleich: In Deutschland mache der Bundeshaushalt im Jahr 2024 11,6 Prozent des BIP aus, weniger als die Hälfte des US-Anteils.³

Die massive Stärkung der US-Exekutive blieb nicht ohne Widerspruch – interessanterweise am stärksten aus der republikanischen Partei, während die Demokraten meist als Befürworter einer starken Präsidentschaft auftraten. In den späten 1940er und frühen 1950er-Jahren hatten sich die Republikaner noch für das sog. „*Bricker Amendment*“ eingesetzt, einen Verfassungszusatz, der darauf abzielte, die Befugnisse des Präsidenten einzuschränken, voran die alleinige Befugnis zum Abschluss von Staatsverträgen. Sie befürchteten, dass solche Verträge die Rechte der Bundesstaaten und die Verfassung untergraben könnten. Die Gegner aus der demokratischen Partei argumentierten, dass die Schwächung der Präsidentenmacht die außenpolitische Handlungsfähigkeit der USA massiv beeinträchtigen würde. Das „*Bricker Amendment*“ wurde nach langem Hin und Her 1954 mit knapper Mehrheit im US-Senat abgeschmettert.

Damals lachten Parteigänger der Demokraten und liberale Vertreter eines modernen, Verwaltungsstaates über das Ansinnen der *Republicans*. Erst in den Jahren unmittelbar nach 9/11 unter der Präsidentschaft George W. Bushs betrieben dann Republikaner, namentlich die US-Neocons, das Projekt einer Ausweitung der Präsidentenmacht. Schon damals, vor 25 Jahren und nicht erst unter Trump, begann die Zeit der exzessiven Anwendung weitreichender Präsidialerlasse bzw. "*Executive Orders*", mit denen Präsident Bush

² Theodore Lowi: *The End of Liberalism - Ideology, Policy, and the Crisis of Public Authority*. New York: W. W. Norton, 1969. Neuauflage unter dem Titel "The End of Liberalism – The Second Republic of the United States". Second Edition, New York, London: W. W. Norton and Co 1979.

³ Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Deutschland (Bund, Länder, Gemeinden) betragen im Jahr 2024 rund 49,5 % des BIP. Der Bundeshaushalt ist somit deutlich kleiner als die Gesamtausgaben des öffentlichen Sektors. Die weitaus größeren Teile der öffentlichen Ausgaben in Deutschland werden von den Ländern, Kommunen und insbesondere der Sozialversicherung getragen, die alle zum öffentlichen Gesamthaushalt zählen

reihenweise Gesetze brach, die er selbst unterzeichnet hatte – immer im Sinne von Notverordnungen im Kampf gegen den Terrorismus und seines *Wars for Democracy*.⁴

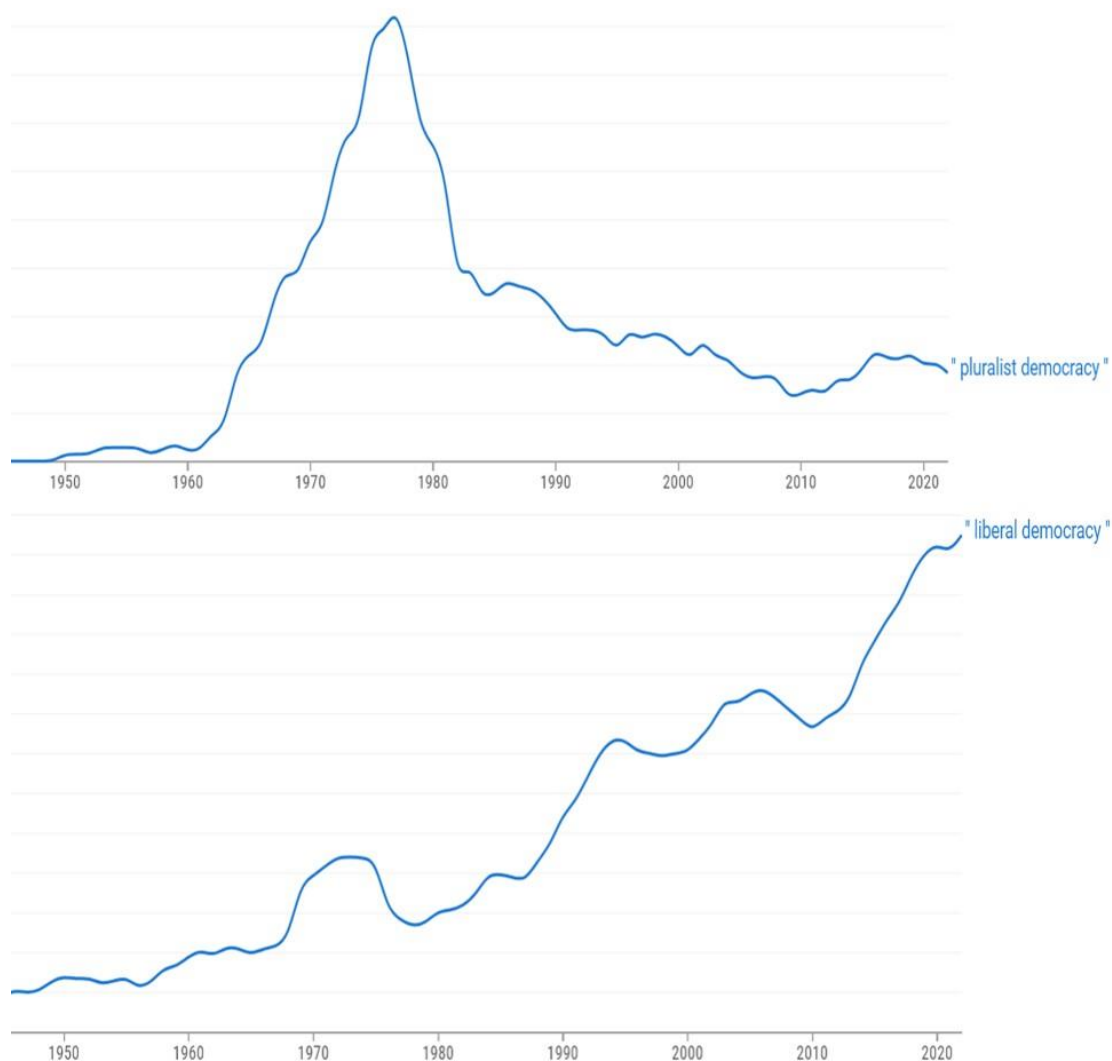
KONSERVATIVE KRITIK DER „LIBERALEN DEMOKRATIE“

Der amerikanische Politikwissenschaftler Theodore Lowi schrieb in seinem bereits 1979 in zweiter Auflage erschienenen, inzwischen zum modernen Klassiker der Politikwissenschaft avancierten Buch "The End of Liberalism", dass die US-Amerikaner – wenn es so weitergeht – bald in der Vierten Republik leben würden. Das alles unter den Auspizien einer mehr als 200 Jahre alten Verfassung, die auf zwei DIN A4 Seiten passt, während z.B. das deutsche Grundgesetz in der letzten Druckfassung 76 Seiten einnimmt. Die US-amerikanische Verfassung kann, nicht nur dem Umfang nach, sondern auch was ihren demokratischen Gehalt betrifft, als minimalistisch betrachtet werden. Ihre Vorgaben sind hinsichtlich des Staatsorganisationsrechts interpretationsoffen. Die Verfassung war ursprünglich vor allem darauf angelegt, zu verhindern, dass eine als Mob imaginierte Mehrheit an die Macht gelangt. In der Wissenschaft wird die US-Demokratie fast durchwegs mit Attributen versehen ausgeflaggt. Bis in die späten 1960er Jahre sprach man von einer *pluralistischen Demokratie*, dann von einer *demokratischen Elitenherrschaft*. Heute ist der Begriff „*Liberale Demokratie*“ geläufig. Darüber hinaus sind zahlreiche weitere Begriffe im Umlauf, wie „*juridical democracy*“, „*interest-group liberalism*“ und solche, die den demokratischen Charakter des Systems zur Gänze anzweifeln: Plutokratie, Oligarchie, Gerontokratie. Prominente Powerbroker sind durchwegs im Greisenalter. *Mitch McConnell* (83) vertritt seit 1985 den Bundesstaat Kentucky. *Dianne Feinstein* war mit 90 die älteste amtierende US-Senatorin und Kongressabgeordnete. Beide fielen immer wieder durch mentale Fehlleistungen auf. Mit 79 Jahren ist Trump der älteste jemals vereidigte Präsident, vor Joe Biden, der im Alter von 78 Jahren sein Amt antrat.

Jeder der den USA angehängten Demokratiebegriffe war im Laufe der Jahrzehnte vehementer Kritik ausgesetzt. An die Pluralismuskritik der 1960er und 70er Jahre erinnere ich mich noch lebhaft seit meinen Studententagen. Wer spricht heute noch von pluralistischer Demokratie? Niemand (Schaubild 1).

⁴ Liste der *executive orders* von George W. Bush: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/orders/>

Schaubild I: Der Begriff „Liberal Democracy“ verdrängt die Rede von der „Pluralist Democracy“ *



* Häufigkeit der Begriffverwendung anhand aller in Google Books enthaltenen Texte. Erstellt mit *Google Ngram Viewer* (<https://books.google.com/ngrams/>)

Die aktuell so bezeichnete „Liberale Demokratie“, ist ein Gegenbild zur pluralistischen Demokratie der 1960er und 70er Jahre. Die Pluralistische Demokratie affirmiert politische und soziale Machtunterschiede. In einem freien Spiel der Kräfte erscheint die Politik als Resultante eines Kräfteparallelogramms⁵. Das freie Machtspiel wird als Preis der Freiheit in Kauf genommen. Zugleich gelten die grundlegenden Freiheitsrechte unbeschränkt, die als autonom gedachte Gesellschaft erscheint als vom Staat getrennt. Die Vereinigungsfreiheit gilt als Garant eines marktähnlichen politischen Kräfteausgleichs zwischen Interessengruppen.

⁵ Roland Czada. 2020. Pluralism, in: *The SAGE Handbook of Political Science*, Vol. 2 (2020): 567–583. London, Delhi, Beverly Hills: Sage Publications (<https://www.politik.uos.de/download/czada.pluralism.sage.handbook.political.science.pdf>).

In der Liberalen Demokratie wird nun der Rechtsstaat vom vermeintlich neutralen Garanten des freien politischen Kräftespiels zum Schutzherrn und Förderer schwacher Interessen. Schwer organisierte und wenig konfliktfähige, benachteiligte Gruppen der Gesellschaft erhalten in der Liberalen Demokratie Anerkennung und Berücksichtigung. Die dazu notwendigen besonderen Schutz- und Gruppenrechte hatten eine Justizialisierung der Politik zur Folge, die in den USA und Europa – und nur dort – seit dem Ende des Kalten Krieges vonstattengeht.

Wem in der Flüchtlingspolitik Schutz zu geben ist und wann die Aufnahmekapazität erschöpft sein mag, ist dann keine politische Entscheidung mehr, sondern eine der Rechtsprechung. Wie hoch die soziale Mindestsicherung sein muss, entscheidet nicht die gewählte Regierung, sondern das Verfassungsgericht als „Nebenregierung“. Wie Stellen oder Studienplätze ausgeschrieben und vergeben werden, wird kodifiziert und reguliert. Quotenregeln schränken Entscheidungsspielräume in Wirtschaft und Gesellschaft ein. Es ist unmittelbar einsichtig, dass eine zunehmende Juridifizierung der Gesellschaft und ihrer Konflikte Widerstände hervorruft, die in den USA radikal vom Trump-Lager verkörpert werden.

Das Präfix „liberal“ bedeutet, dass die politische Macht zwar nach wie vor aus der Zustimmung der Regierten durch Wahlen hervorgeht, aber durch konstitutionelle Schutzrechte von Individuen und Gruppen, ethnischen, sprachlichen, religiösen Minderheiten, Frauen, Kindern, Ausländern begrenzt ist. Diskriminierungsverbot, Antirassismus, Menschenrechtsfundamentalismus, Überkonstitutionalisierung, postmaterialistischer Wertewandel und – in konservativer Terminologie – *Wokismus* sind hier Stichworte, auf die ich nicht im Einzelnen eingehen kann. Der Kontrast von freiheitlich-pluralistischer und liberaler Demokratie hat sich zur wichtigsten politischen Konfliktlinie entwickelt und zu einem Kulturkampf ausgeweitet. Die liberale Demokratie gilt ihren Verfechtern als kulturelle Modernisierung, die alle alten verteilungspolitischen Konfliktlinien überschattet.⁶

Die Liberale Demokratie ist nicht zuletzt auch ein Gegenentwurf zur reinen elektoralen Mehrheitsdemokratie. Individuelle Rechte und Freiheiten werden umfassend und mit hoher

⁶ Roland Czada: From distributive to cultural struggle and back. Views on Norris' and Inglehart's theory of cultural modernization, in *Z Vgl Polit Wiss* 14 (2020) 63–69.
<https://doi.org/10.1007/s12286-020-00447-4>.

Eingriffstiefe spezifiziert, jurifiziert und besonders geschützt – nicht nur gegen Staatseingriffe, sondern auch im Zivilleben, in der Wirtschaft, in der öffentlichen und selbst in der privaten Kommunikation. Damit werden exekutive Machtbefugnisse in großem Umfang der Rechtsprechung anheimgestellt, daher die Begriffe „Justizialisierung“ und „Juridifizierung“ der Politik. Wenn nun immer mehr politische Fragen juristischen Kalkülen unterworfen werden und oft sogar vollends in die Sphäre des Rechts und der Rechtsprechung verschoben werden, gesellt sich zur Justizialisierung der Politik, fast notwendigerweise eine Politisierung der Justiz. Wenn selbst Kernbereiche des Politischen juristisch entschieden werden, bekommt der Zugriff auf die Justiz einen hohen Stellenwert.

Die Justizialisierung der Politik, gelegentlich auch als Überkonstitutionalisierung bezeichnet, gilt in neueren Analysen als Hauptursache eines zunehmenden Populismus und in besonderem Maße des US-amerikanischen Trumpismus⁷.

Der Preis für die Konstitutionalisierung und Justizialisierung der Politik war, dass damit Standards gesetzt wurden, die politisch kaum noch herausforderbar waren. Diejenigen, die sie von der Richterbank herab maßgeblich durchsetzen, sind als politische Akteure nicht mehr bekämpfbar, ohne die Institutionen der Verfassung selbst zum politischen Gegner zu erklären und zu bekämpfen. Kritik kommt dann leicht in den Geruch der Systemfeindschaft.

Verfassungs-Verrechtlichung zum Universalmaßstab der Demokratie zu machen, sei mitnichten so notwendig liberal, wie sich der politikwissenschaftliche und politische Mainstream unserer Zeit selbst glauben mache⁷. Sich Demokratie ausschließlich eingehegt und kontrolliert von Verfassungsrecht und Verfassungsgerichten vorstellen zu können, sei ein relativ neues und interessengebundenes Phänomen. Wenn die Politik nun gegen diese Einhegung und Kontrolle aufbegehre, so Manow, dann habe sie das niemand anderem zuzuschreiben als sich selbst.

ZUM ZUSTAND DER US-AMERIKANSICHEN DEMOKRATIE

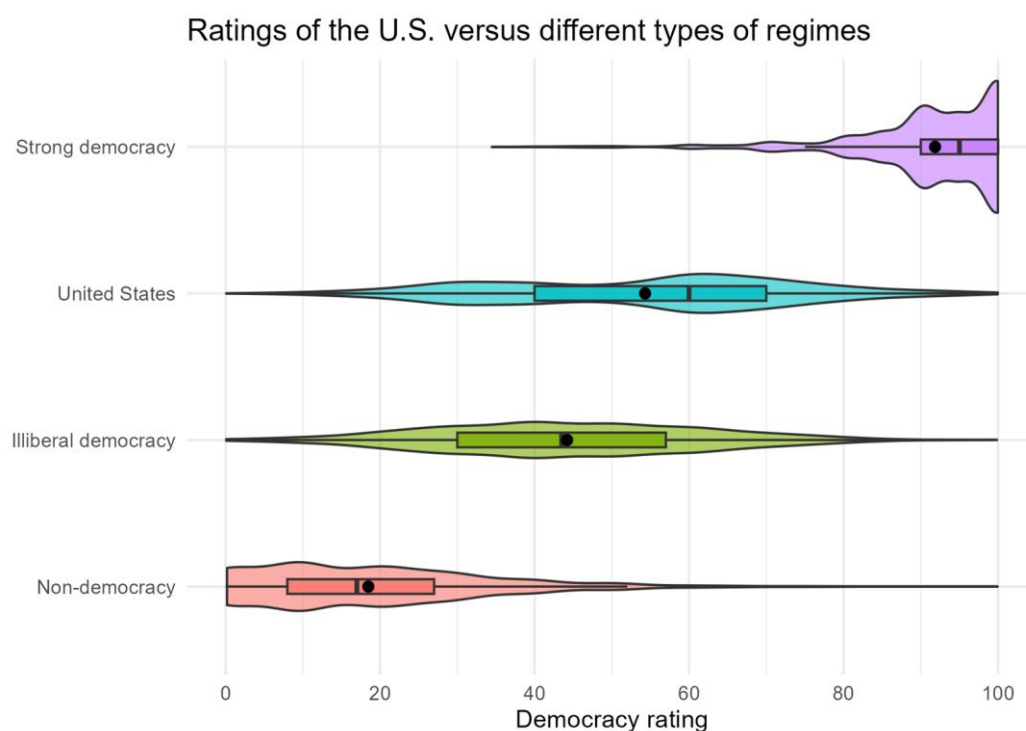
Man kann nicht alles, was sich Demokratie nennt, in einen Topf werfen. „Varieties of Democracy“ und Demokratiemessungen sind seit Jahrzehnten ein Forschungsthema. Vieles was sich Demokratie nennt, entspricht nicht dem, was in der normativen Demokratietheorie

⁷ Vgl. Philip Manow. *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*. Berlin: Edition Suhrkamp, 2024.

als reine und vollständige Demokratie gilt. Ob es sich bei den USA um eine Demokratie handelt und, wenn ja, um welche, ist eine durchaus ernsthaft gemeinte Frage. Sie wird in zahlreichen wissenschaftlichen Büchern und Aufsätzen abgehandelt. In einer Umfrage vom September dieses Jahres kamen 500 befragte Politikwissenschaftler zum Schluss, dass das amerikanische politische System gegenwärtig eher einer gemischten oder illiberalen Demokratie als einer vollständigen Demokratie ähnelt.⁸

In dieser Umfrage vom September 2025 wurden Experten gebeten, drei hypothetische Länder mit unterschiedlichen Graden des Parteienwettbewerbs, der Unabhängigkeit der Justiz und Staatsanwaltschaft, der Meinungs- und Medienfreiheit sowie der Qualität des öffentlichen Dienstes auf einer Skala von 0 bis 100 zu bewerten. Um einen Maßstab für die Bewertung der USA zu erhalten wurden Länder in zufälliger Reihenfolge genannt und bewertet. „Land A“ wurde als starke Demokratie mit hoher Leistungsfähigkeit in jedem Bereich konstruiert; „Land B“ wurde als illiberale Demokratie mit mittlerer Leistungsfähigkeit in jedem Bereich konstruiert; und „Land C“ wurde als Nicht-Demokratie mit geringer Leistungsfähigkeit in jedem Bereich konstruiert. Im Ergebnis landete die USA zwischen A und B (Schaubild I).

Schaubild I: Experteneinschätzung der US-Demokratie



⁸ <https://brightlinewatch.org/violence-redistricting-and-democratic-norms-in-trumps-america>

In Expertenschätzungen zum aktuellen Zustand der US-Demokratie fällt die hohe Streuung der Bewertungen auf. Sie wird zum Großteil mit der Parteiidentifikation der Befragten erklärt. Noch nie waren die parteilichen Bewertungsunterschiede so groß wie in der zweiten Amtszeit von Donald Trump (Schaubild II und III).

Schaubild II: Experten- und Laienratings zur US-Demokratie

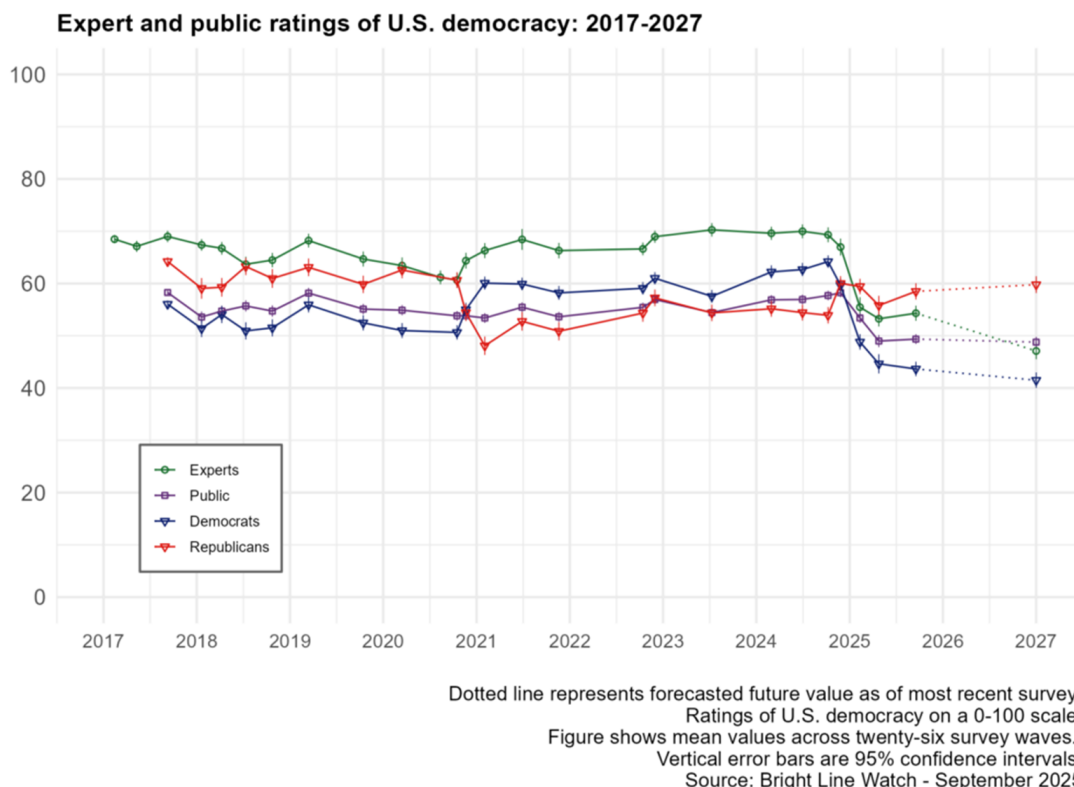
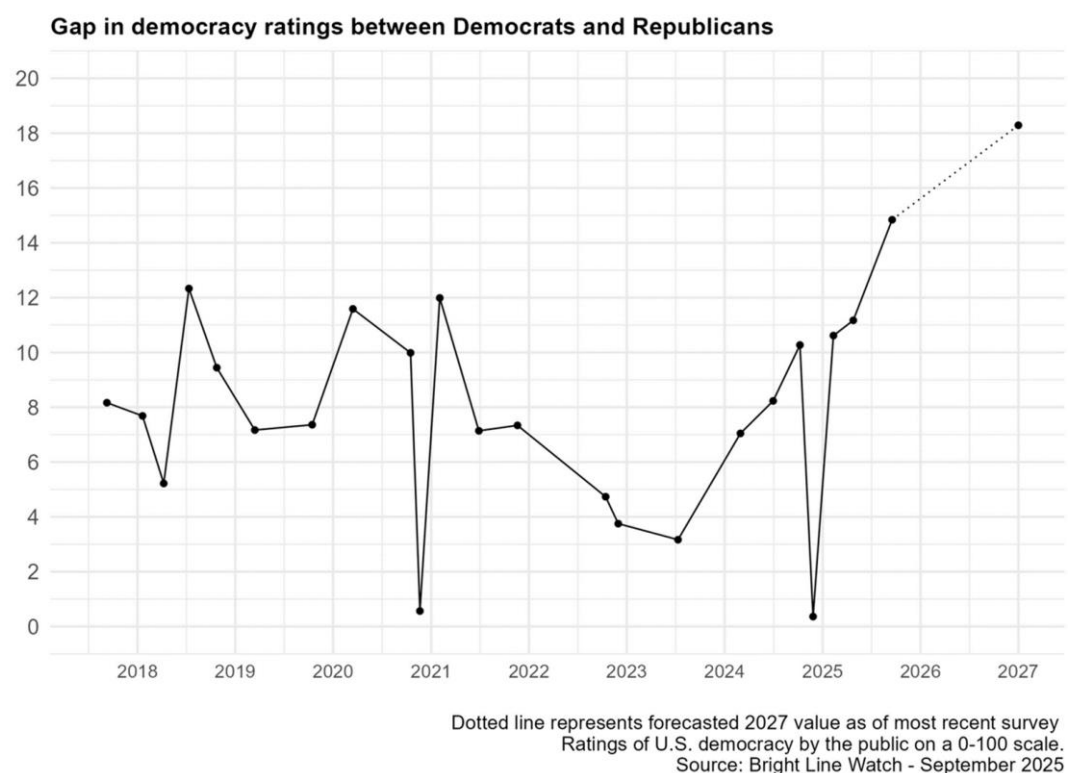


Schaubild III: Bewertungen der US-Demokratie nach Parteizugehörigkeit



„NEO-MONARCHISTEN“ IN DEN USA

Ich komme zur zweiten Frage: Gibt es jenseits der Ausweitung des präsidentiellen Machtanspruchs gegenüber Parlament und der Justiz eine kohärente Idee oder gar Pläne, die republikanische US-Verfassung in eine monarchische umzuwandeln?

Kurze Antwort: Seit mindestens einem Jahrzehnt betreiben unter Trump einflußreich gewordene Vorderdenker eine grundsätzliche Demokratiekritik. Sie plädieren ganz offen für die Umwandlung der USA in eine konstitutionelle oder gar absolute Monarchie. In Deutschland würden sie wohl ihre bürgerlichen Rechte verlieren oder sogar im Gefängnis landen. Im „Land of the Free“ nutzen sie ungehemmt die Möglichkeiten von Internet-Blogs und der sozialen Medien, um die politische Ideengeschichte mit teils abstrusen Modellen politischer Herrschaft aufzumischen. Sie diskutieren, erstens, ob existierende Demokratien tatsächlich eine wie auch immer geartete Herrschaft des Staatsvolkes darstellen, oder nur dazu dienen, genau das, die Herrschaft des Volkes, zu verhindern. Sie zweifeln, zweitens, daran, dass Demokratie die hinsichtlich Freiheits- und Wohlstandsmehrung beste Staatsform ist. Meist stecken dahinter libertäre Vorstellungen, Leute, die sich einen Autokraten als Garanten absoluter Wirtschaftsfreiheit wünschen. Manche verweisen auf die ökonomische Stagnation von Demokratien. Tatsächlich lassen sich die zahlreichen Studien heute nicht mehr replizieren, mit denen in den 1960er Jahren der statistische Nachweis erbracht wurde, dass man in Demokratien besser lebt – mehr Autos, Kühlschränke, Krankenhausbetten pro Kopf, geringere Säuglingssterblichkeit, höhere Lebenserwartung. Anders als während der bipolaren Weltordnung im Kalten Krieg, ist die Leistungsbilanz von Autokratien nicht mehr grundsätzlich schlechter als die von Demokratien. China, Singapur, Vietnam und die Geschichte der asiatischen Entwicklungsdiktaturen lassen die politische Systemkonkurrenz in einem neuen Licht erscheinen.

Vieles, was Donald Trump in den ersten Monaten seiner zweiten Amtsperiode gemacht hat, speist sich aus einer konservativen Demokratiekritik. Trumps Vorgehen im Jahr 2025 wurde bereits 2012 von einer einzigen Person skizziert: *Curtis Yarvin*. Zunächst sollten alle Regierungsangestellten in den Ruhestand versetzt werden. Um Anarchie zu vermeiden und die Autorität zu bewahren, sollten Polizei und Militär beibehalten werden. Staatsaufgaben sollten gestoppt und für sinnvollere Zwecke verwendet werden. Gerichtsbeschlüsse, die diese Maßnahmen als „verfassungswidrig“ ablehnen, sollten kurzerhand ignoriert werden. Die Presse sollte nach Bedarf beeinflusst und zensiert werden. Schließlich sollten auch

Universitäten, wissenschaftliche Einrichtungen und NGOs abgeschafft und ihre öffentliche Finanzierung eingestellt werden.

Der heute 51-jährige Curtis Yarvin veröffentlichte auch Texte unter dem Pseudonym „Mencius Moldbug“. Er steht für Anti-Egalitarismus und für eine Bewegung, die sich selbst „Dunkle Aufklärung“ nennt. Yarvin wirbt für die Abschaffung der Demokratie in den USA und für die Einführung einer monarchischen Herrschaftsform. Vor vier Jahren sinnierte er in einem Podcast darüber, wie ein „amerikanischer Cäsar“ die Macht ergreifen könnte.

Seit Trumps erster Amtszeit haben Yarvins reaktionäre Blaupausen sowohl im Silicon Valley als auch in Washington mächtige Unterstützer gefunden. Seine Ideen wurden von Tech-Milliardären wie Peter Thiel, Elon Musk, Alexander Karp und anderen Gründern, CEOs und High-Tech-Pionieren aufgegriffen und weiterverbreitet. Im Januar war er Gast bei Trumps Inauguration, den diese Leute scherzhaft als Krönungsball bezeichnet haben. Sehr deutlich hat ihn Vizepräsident JD Vance gelobt als er Yarvins Ideen als „De-Wokification-Programm“ bezeichnete, die „das Herz der Bestie trifft“. Die Bestie, damit meint er den von Trump so genannten Deep State, voran das außenpolitische Establishment, *the Blob* genannt, an dem Trump in seiner ersten Amtszeit gescheitert war. Es ist eine in rechten US-Kreisen weit verbreitete Annahme: dass Geheimdienste, Sicherheitsbehörden und Ministerialbeamte eine Art Schattenregierung bilden, die ihre eigene Agenda verfolgen und sich der Kontrolle durch Präsident und Parlament entzieht.

Die „New York Times“ nannte Yarvin Anfang des Jahres „Amerikas berühmtesten Monarchisten“ und führte mit ihm ein langes Interview, in dem er die Grundzüge seiner politischen Philosophie erläuterte⁹. Das Interview bot tiefe Einblicke in Yarvins Gedankenwelt. Es ist eine Weltanschauung, die er seit einem Blog-Post mit dem Titel „Wie ich lernte, die Demokratie zu hassen“ von 2008 stetig weiter ausformuliert. Yarvin hofft auf eine Form der autoritären Machtübernahme, die von Kommentatoren als eine Art von Silicon-Valley-Diktatur beschrieben wird.

Bei den Mächtigen in Trumps Zirkel finden Yarvins Ideen offenbar Anklang. Tech-Finanzier Peter Thiel gehört zu den Förderern des Bloggers. Elon Musk soll seine Texte ebenfalls

⁹ New York Times: *Curtis Yarvin Says Democracy Is Done. Powerful Conservatives Are Listening*. 18. Jan. 2025 (<https://www.nytimes.com/2025/01/18/magazine/curtis-yarvin-interview.html>).

lesen. Bei Donald Trumps Amtseinführung war Yarvin als Gast eingeladen. Das Disruptive, das er beschwört, passt zum Stil des US-Präsidenten.

Yarvin bezeichnet den bisherigen amerikanischen Status Quo als eine „theokratische Oligarchie“, als eine Herrschaft prestigeträchtiger Institutionen, die er auch „die Kathedrale“ nennt. Dazu zählt er liberale Medien wie die „New York Times“ und eine Reihe von Eliteuniversitäten, die nach seiner Auffassung eine Kaste mit einem ganz bestimmten Weltbild züchteten. Dieser Kreis der Mächtigen, so Yarvin, beschreibe das Amerika, das sie beherrschen, fälschlicherweise als Demokratie.

Dieses Weltbild ist nicht neu. Yarvins intellektueller Urvater *Angelo Codevilla* beklagte bereits in den 80er-Jahren ein linksliberales politisches Establishment, das die Macht des amerikanischen Militärs einzuschränken suche. Später weitete Codevilla seine Kritik auf die in Harvard und Yale ausgebildeten Eliten aus und beklagte deren angebliche Deutungshoheit über das, was in Amerika als Gut und Böse gilt.

Trump's scharfe Attacken auf Academia, insbesondere die Elite-Uni Harvard, folgen dieser Logik: Um die ultrakonservativen Kräfte zu stärken, sollen die Progressiven in den Ivy League-Unis geschwächt werden. Hier sehen die extrem Rechten den Ursprung der verhassten „Wokeness“. Die Trump-Administration verlangten jüngst, dass jeder einzelne Fachbereich und jede Lehrereinheit sowie die Studentenschaft bis 2028 jedes Jahr von der Regierung genehmigte Prüfungen auf „Meinungsvielfalt“ durchlaufen sollen. Falls das nicht geschieht, sollen Gelder gestrichen werden.

Neben Bildungsinstitutionen kritisiert Curtis Yarvin „Verkalkung“ und „Ineffizienz“ des politischen Apparats. Schon vor 13 Jahren forderte er, alle Regierungsbeamten in den Ruhestand zu schicken. Weil Washington inzwischen unfähig sei, Probleme zu lösen, brauche es einen Systemwechsel. Für den extrem rechten Blogger drängt sich deshalb die Alternativen auf: Monarchie oder Demokratie. Letztere habe sich in Trumps erster Amtszeit als nicht erfolgreich erwiesen. Yarvin propagiert eine Art von Monarchie, am besten mit Unterstützung aus dem Silicon Valley. Die Idee stammt ursprünglich von einem seiner Mentoren, dem deutschen Anarcho-Kapitalisten Hans-Hermann Hoppe. Dieser hatte in einem Buch von 2001 („Demokratie: Der Gott, der keiner ist“) eine neo-monarchistische

Staatsform gefordert¹⁰. Demnach müsse der neue Monarch gleich nach Amtsübernahme den Regierungsapparat aushöhlen und gleichschalten. Yarvin sprach unverhohlen von der Notwendigkeit einer Notstandsregierung. Das historische Vorbild ist in Deutschland wohlbekannt. Dabei Gerichtsurteile einfach zu ignorieren, hält der Blogger für gerechtfertigt.

Yarvins Hauptsponsor Peter Thiel ist ein deutschstämmiger Investor, der als Mitgründer von PayPal – zusammen mit Elon Musk - und früher Investor in Facebook zum Multimilliardär wurde. Thiel glaubt nicht mehr an die Segnungen der Demokratie und sagt das auch. Wie Vance glaubt er nach eigenem Bekunden an den christlichen Gott, von dem er Wegweisung erhofft. Thiel ist ein Bibel-Enthusiast, der Bill Gates, Greta Thunberg und alle *Woken* im Katholischen Journal „First Things“ kürzlich als Verkörperung des Antichrist bezeichnet hat.¹¹ Für ihn geht es gegen die liberale, im US-Kontext linke Elitenherrschaft, gegen die auch Vance und Musk ankämpfen. Dabei ist die Herrschaft von Geldeliten in den USA ein altes Thema vorwiegend linker Demokratiekritik¹². Insofern geht es letztlich vor allem darum, welche Eliten künftig die US-Politik bestimmen. Es ist ein Kampf um einen „Elitenwechsel“, den Austausch von Führungspersonen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die superreichen US-amerikanischen Rechtsausleger üben eine durchaus ernstzunehmende Demokratiekritik. Auch wer das ablehnt - das sind in Europa die meisten - sollte sich ernsthaft und kritisch damit auseinandersetzen. Der Kampf um die Macht wird als offene Auseinandersetzung um die ideologische Diskurshoheit ausgetragen. Für die US-Demokratie ist das ein gutes Zeichen. Im Unterscheid zu Diktaturen landen Andersdenkende nicht in Haft – noch nicht sagen Trump-Kritiker. Dass es soweit noch kommen könnte und eine faschistische Machtergreifung bevorsteht, befürchten nicht wenige im Lager der Trump Gegner. Man kann das Phänomen durchaus in die Schublade Faschismus stecken, wird aber mit dem abgenutzten Schlagwort vermutlich nicht weiterkommen. Der breite Widerstand

¹⁰ Hans-Hermann Hoppe: *Demokratie. Der Gott, der keiner ist*, Manuscriptum, Waltrop/Leipzig 2003. Das Buch erschien in acht Sprachen (Englisch, Russisch, Deutsch, Italienisch, Koreanisch, Spanisch, Polnisch und Portugiesisch).

¹¹ “According to Peter Thiel, the 21st-century Antichrist uses fear of climate change”, in: *Le Monde* vom 30. Oktober 2025 (https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2025/10/30/according-to-peter-thiel-the-21st-century-antichrist-uses-fear-of-climate-change_6746932_23.html), vgl. Peter Thiel: “Where Is the Antichrist?”, in: *First Things* vom 6. November 2025 (<https://firstthings.com/where-is-the-antichrist-ft-peter-thiel/>).

¹² Jack L. Walker: A Critique of the Elitist Theory of Democracy, in *American Political Science Review* 60, 2 (1966) 285–95.

gegen Trump formiert sich inzwischen nicht unter Begriffen wie Diktatur, Faschismus, Autokratie. Nein, er äussert sich in Massenprotesten unter dem Motto „No Kings“ (Abbildung). Und auch in Feuilletons und in Aufsätzen zum Wandel des politischen Systems der USA finden sich zunehmend Beiträge über Trumps Ideengeber, denen sowas wie eine künftige Königsherrschaft oder eine Tech-Aristokratie vorschwebt. Den Trumpismus als Rückfall in ein elitäres Königstum und eine Geldadelsherrschaft zu bekämpfen, vereint weit mehr Trump-Gegner als das Schwingen einer Faschismuskeule.

Häufig in der Geschichte scheiterte Opposition an innerer Zerstrittenheit. „No Kings“ ist eine Forderung, auf die können sich nicht nur Trump-Gegner, sondern auch viele seiner Unterstützer einigen.

Abbildung: Anti-Trump-Demonstration in Chicago

